Seite

11. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Archivgesetzes – Drucks. 15/3684 zu Drucks. 15/3539 –	6873
<i>In zweiter Lesung angenommen: Gesetz beschlossen</i>	6873
Prof. Erika Fellner	6873
Vizepräsidentin Veronika Winterstein	6873
13. Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Benchmarking-Projekte im Umweltbereich – Drucks. 15/3548 –	6873
<i>Angenommen</i>	6879
Dr. Walter Arnold	6873
Ursula Hammann	6874
Roland von Hunnius	6875
Gerold Reichenbach	6876
Minister Wilhelm Dietzel	6878
Präsident Klaus Peter Möller	6879
14. Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend hessenweite Einführung der Wachpolizei – Drucks. 15/3549 –	6879
<i>Angenommen</i>	6891
Hierzu: Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Drucks. 15/3582 –	6879
<i>Abgelehnt</i>	6891
48. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend hessenweite Einführung der Wachpolizei – Drucks. 15/3653 –	6879
<i>Abgelehnt</i>	6891
Armin Klein	6879
Dieter Franz	6880
Jörg-Uwe Hahn	6882
Tarek Al-Wazir	6884, 6888
Minister Volker Bouffier	6886
Manfred Schaub	6889
Stefan Grüttner	6890
Präsident Klaus Peter Möller	6890
15. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Lehramtstudium an der Universität Frankfurt am Main – Drucks. 15/3552 –	6891
<i>Dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst überwiesen</i>	6897
Michael Siebel	6891
Staatssekretär Frank E. Portz	6892
Sarah Sorge	6893
Mark Weinmeister	6894
Nicola Beer	6895
Vizepräsidentin Veronika Winterstein	6897
16. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Sicherstellung der pädagogischen Ausbildung im Lehrstudium – Drucks. 15/3534 zu Drucks. 15/2931 –	6897
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	6905
Michael Siebel	6897
Dr. Norbert Herr	6898
Sarah Sorge	6900
Nicola Beer	6902
Staatssekretär Frank E. Portz	6903
Vizepräsidentin Veronika Winterstein	6905

Seite

17. Große Anfrage der Abg. Hoffmann, Pawlik, Becker (Nidda), Hillenbrand, Pfaff, Schmitt, Reichenbach (SPD) und Fraktion betreffend Gentechnik in der Landwirtschaft – Drucks. 15/3531 zu Drucks. 15/1622 –	6905
<i>Antwort besprochen</i>	6913
Christel Hoffmann	6905
Axel Wintermeyer	6907
Ursula Hammann	6909
Heinrich Heidel	6911
Minister Wilhelm Dietzel	6912
Vizepräsidentin Veronika Winterstein	6913
18. Große Anfrage der Fraktion der SPD betreffend Schulverweigerung – Drucks. 15/3631 zu Drucks. 15/2937 –	6913
<i>Antwort besprochen</i>	6917
Karl Dörr (Umstadt)	6913
Hans-Jürgen Irmer	6914
Priska Hinz	6915
Dorothea Henzler	6916
Staatssekretär Dr. Hartmut Müller-Kinet	6916
Präsident Klaus Peter Möller	6917
22. Große Anfrage der Abg. Fuhrmann, Dr. Spies, Fleuren, Habermann, Hillenbrand, Maus, Nolte, Dr. Pauly-Bender (SPD) und Fraktion betreffend Einhaltung arbeitsrechtlicher Vorschriften in hessischen Krankenhäusern – Drucks. 15/3657 zu Drucks. 15/2761 –	6917
<i>Antwort besprochen</i>	6921
Dr. Thomas Spies	6917
Martina Leistenschneider	6917
Evelin Schönhut-Keil	6920
Dorothea Henzler	6920
Ministerin Silke Lautenschläger	6920
Präsident Klaus Peter Möller	6921
<i>siehe auch Anlagen 1 bis 3</i>	6949, 6951, 6953
25. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Machbarkeitsstudie zu einer Transrapidverbindung Frankfurt – Hahn – Drucks. 15/3633 –	6921
Hierzu: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucks. 15/3680 –	6921
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i>	6922
Manfred Schaub	6921
Clemens Reif	6921
Frank-Peter Kaufmann	6921
Michael Denzin	6922
Minister Dieter Posch	6922
Präsident Klaus Peter Möller	6922
<i>siehe auch Anlagen 4 und 5</i>	6955, 6957
29. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Unterstützung „Kulturhauptstadt Europa“ – Drucks. 15/3642 –	6922
Hierzu: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucks. 15/3681 –	6922
<i>Dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst überwiesen</i>	6923
Präsident Klaus Peter Möller	6922

Wie allgemein bekannt, ist die Mangelsituation beim Lehramt an beruflichen Schulen besonders gravierend, hier vor allem in den technischen Fachrichtungen. Herr Abg. Herr, der vor mir gesprochen hat, hat zur Situation in Darmstadt, zu den innovativen Angeboten, die dort von der Fachhochschule und auch von der Technischen Universität – Herr Abg. Siebel, Sie kennen das im Einzelnen – entwickelt worden sind, und auch zu dem, was vorbildlich mit Unterstützung der Landesregierung an der Universität Kassel entwickelt worden ist, ausführlich Stellung genommen, sodass ich hierauf nicht mehr eingehen will.

Herr Abg. Siebel, was in dem Antrag der SPD zutreffend dargestellt worden ist, ist die Problematik des Abwägens zwischen der Bedeutung von Fachdidaktik und Fachwissenschaft. Auch dies ist ein Thema, das Herr Abg. Herr angesprochen hat. In der Tat ist es so – da ist die Formulierung in Ihrem Antrag richtig –, dass in der Vergangenheit bei der Besetzung der Lehrstühle oftmals der Fachdidaktik nicht die erforderliche Bedeutung zugekommen ist.

Meine Damen und Herren, ich will zum Abschluss kommen. Wir wollen keine Rezepte, sondern ein wirkliches Konzept – ein Konzept, das das Ergebnis wirklichen Nachdenkens über Aufgabe und Struktur unseres schulischen Bildungssystems ist. Ich sage hier ganz offen, wir werden das alles in dieser Legislaturperiode sicherlich nicht mehr schaffen. Aber die nächste Legislaturperiode wird noch mehr als diese von der politischen Priorität geprägt sein, die – Herr Abg. Siebel, Sie lachen, Sie wissen, was ich sagen werde – diese Landesregierung gesetzt hat, nämlich der Bildungspolitik. Zu Recht ist darauf hingewiesen worden, dass nach acht Jahren rot-grüner Stagnation auch dies weiterhin dringend erforderlich ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann ist diese Aussprache geschlossen.

Ich lasse über die Beschlussempfehlung abstimmen. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde die Beschlussempfehlung angenommen.

Tagesordnungspunkt 17:

Große Anfrage der Abg. Hoffmann, Pawlik, Becker (Nidda), Hillenbrand, Pfaff, Schmitt, Reichenbach (SPD) und Fraktion betreffend Gentechnik in der Landwirtschaft – Drucks. 15/3531 zu Drucks. 15/1622 –

Die Redezeit beträgt 15 Minuten pro Fraktion. Das Wort hat Frau Kollegin Hoffmann für die SPD-Fraktion.

(Gerhard Bökel (SPD) und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zehn Minuten!)

– Die Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion.

Christel Hoffmann (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Zeitablauf bei der Beantwortung dieser Großen Anfrage zeigt, wie die Landesregierung mit Großen Anfragen umgeht. Diese Große Anfrage wurde im September des Jahres 2000 gestellt. Dann hat der Fachminister im Oktober 2001,

also immerhin ein Jahr später, die Antwort auf die Große Anfrage unterschrieben. Es hat dann bis Januar dieses Jahres gedauert, bis die Antwort auf die Große Anfrage hier im Landtag eingegangen ist. Meine Damen und Herren, damit nehmen Sie die Informationsrechte des Landtags nicht ernst. Damit verhindern Sie zeitnahe Debatten über aktuelle und wichtige Themen.

(Unruhe – Gerhard Bökel (SPD): Was ist denn hier für ein Lärm?)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Meine Damen und Herren, es ist sehr laut. Würden Sie bitte der Rednerin zuhören oder Ihre Gespräche draußen führen?

Christel Hoffmann (SPD):

Meine Damen und Herren, ich freue mich dennoch heute auf eine Debatte über Gentechnik in der Landwirtschaft. Es gibt hier durchaus unterschiedliche Bewertungen zwischen dem, was die Landesregierung dargelegt hat, und unseren Vorstellungen von der Gentechnik. Aber ich denke, das wird eine Möglichkeit sein, diese Debatte auf einer sachlichen Ebene zu führen.

Damit hebt sich der Duktus der Großen Anfrage wohl-tuend von dem Geschrei ab, das hier in der Vergangenheit gerade von CDU und FDP beim Thema Gentechnik in der Landwirtschaft veranstaltet wurde. An einzelnen Positionen ist deutlich zu erkennen, dass die Landesregierung in den letzten zwei Jahren bei ihren Bewertungen ganz erheblich dazugelernt hat. Ich werde darauf zurück-kommen.

In einigen Fragen ist die Landesregierung schlicht und einfach ratlos. Sie bleibt hinter den von ihr selbst formulierten Ansprüchen weit zurück. Die Landesregierung bezeichnet – das können Sie in der Vorbemerkung unter „Maßnahmen der Landesregierung“ nachlesen – die grüne Gentechnologie als eine „Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts“. Sie hält es aber nicht für erforderlich, diese Schlüsseltechnologie besonders zu fördern. Wir können also nachlesen, dass es keine explizite Förderung der grünen Gentechnik gibt.

So muss die Forschungsanstalt Geisenheim ihre Projekte zur gentechnischen Reblausresistenz im Rahmen ihres Globalhaushalts abwickeln. Die Landesregierung belässt es bei vagen Absichtserklärungen, wenn es um die Unterstützung der ökologischen Begleitforschung geht.

Meine Damen und Herren, wir von der SPD-Landtagsfraktion wollen einen verantwortlichen Umgang mit der grünen Gentechnik. Wir glauben, dass die grüne Gentechnik Chancen für eine umweltschonende Landwirtschaft bieten kann. Ein verantwortlicher Umgang setzt allerdings voraus, dass man Risiken klar bewertet. Das heißt, dass die Verbraucher durch eine umfassende Kennzeichnungsregelung die Möglichkeit haben müssen, sich für gentechnikfreie Lebensmittel zu entscheiden, wenn sie das wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es bedeutet auch, dass Bedingungen dafür geschaffen werden müssen, dass in der ökologischen Landwirtschaft tatsächlich gentechnikfrei gewirtschaftet werden kann. Eines wird die grüne Gentechnik allerdings nicht können

– das wird in der Antwort der Landesregierung suggeriert –. Sie wird die Probleme der Weltenernährung nicht lösen können, denn mit Biotechnologie lassen sich weder soziale Probleme noch Verteilungskonflikte bewältigen.

(Beifall der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es gibt bereits ein Beispiel: Die grüne Revolution hat diese Probleme ebenfalls nicht zu lösen vermocht. – Es wäre gut, wenn der Herr Landwirtschaftsminister zuhören würde, weil er ebenfalls dazu spricht.

(Gerhard Bökel (SPD): Mach doch einmal eine Pause!)

Herr Minister Dietzel, ich fände es gut, wenn Sie zuhören könnten. Wir diskutieren über das gleiche Thema.

Wenn man über Gentechnik in der Landwirtschaft diskutiert, kommt man nicht umhin, zunächst einige Tatsachen festzuhalten. Weltweit werden auf über 5 Millionen ha transgene Pflanzen angebaut. Die Anbaufläche ist etwa fünfmal so groß wie die Anbaufläche in Deutschland. Tatsache ist, dass die Produkte dieser Pflanzen nach Europa – auch nach Deutschland – gelangen. Zum Beispiel werden in den USA und in Argentinien überwiegend gentechnisch veränderte Sojabohnen angebaut.

Weiterhin ist festzustellen, dass heutzutage Enzyme und Inhaltsstoffe von Lebensmitteln weitgehend durch transgene Bakterien hergestellt werden und demzufolge in der Lebensmitteltechnologie weit verbreitet sind. Die Verbraucherzentrale Hessen schätzt, dass bei uns etwa zwei Drittel aller verarbeiteten Lebensmittel mit Gentechnik in Berührung gekommen sind. Hier bestehen noch erhebliche Lücken im Kennzeichnungsrecht der Europäischen Union. Diese Lücken müssen geschlossen werden, wenn man es mit der Wahlfreiheit der Verbraucher ernst meint.

Das Gentechnikgesetz ist in Berlin in der Novellierung, Kennzeichnung und Freisetzung werden eigens geregelt werden. Wir hoffen auf eine baldige Regelung, damit diese Lücke geschlossen werden kann. Dazu schreibt die Landesregierung: „Auch Hinweise auf die Harmonisierung und Ergänzung der Kennzeichnungsvorschriften finden die volle Unterstützung“. Das bezog sich auf das Lebensmittelweißbuch der Europäischen Union. Meine Damen und Herren, wir werden Sie beim Wort nehmen, vor allem den Minister für Europaangelegenheiten, der hier ein ordentliches Betätigungsfeld vorfindet, auf dem er sich tummeln kann.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, wir waren in dieser Frage von Ihnen immer andere Töne gewohnt. Es war Barbara Stolterfoht, die 1996 als zuständige Ministerin eine Bundesratsinitiative für eine Futtermittelkennzeichnung auf den Weg gebracht hat, um gentechnisch veränderte Futtermittel kennzeichnen zu können. Für CDU und FDP war das damals die Behinderung der Biotechnologie in Hessen schlechthin. Heute sagt die Landesregierung dazu: „Die Landesregierung hat sich seit jeher für eine umfassende Kennzeichnungsregelung eingesetzt, die Verbraucherinnen und Verbrauchern eine Wahlchance beim Kauf bietet.“ Meine Damen und Herren, damit ist eine andere Landesregierung gemeint.

Wir wissen allerdings, dass 70 % der Bevölkerung in der Europäischen Union gentechnisch veränderte Lebensmittel nach wie vor ablehnen, obwohl sie damit – ich habe vorhin darauf hingewiesen – längst konfrontiert sind. Ich halte das für eine sehr problematische Situation, und zwar nicht deshalb, weil gesundheitliche Risiken zu befürchten

sind, sondern deshalb, weil die Verbraucher derzeit keine echten Wahlchancen haben. Ich denke, damit wird man bei den Verbrauchern keine Akzeptanz erzeugen können.

Zur Risikobewertung. Was die toxischen Inhaltsstoffe von transgenen Pflanzen und ihre allergenen Potenziale betrifft, teile ich grundsätzlich die Einschätzung der Landesregierung. Sie entspricht dem wissenschaftlichen Gutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen. Diese Risiken sind genauso zu bewerten wie die der konventionellen Pflanzenzüchtung und müssen von Einzelfall zu Einzelfall untersucht werden.

Interessant ist allerdings der Meinungsumschwung der Landesregierung in der Frage der Verwendung von Antibiotikaresistenzgenen. Die Landesregierung lobt die Europäische Kommission dafür, dass in der neu gefassten Freisetzungsrichtlinie die Verwendung dieser Gene ab dem Jahr 2005 verboten wird. Noch vor zwei Jahren hatte die Landesregierung dazu eine ganz andere Meinung. Damals haben CDU und FDP sowie die Landesregierung die Bundesregierung unisono kritisiert, weil sie verhindert hat, dass eine Maissorte, die ein Antibiotikaresistenzgen enthielt, in den Verkehr gebracht wurde.

Herr Minister, ich möchte nicht unterstellen, dass alle Mitglieder Ihrer Regierung die Fachgutachten, z. B. vom Robert-Koch-Institut und von der zentralen Kommission für biologische Sicherheit der deutschen Forschungsgemeinschaft, nicht kennen. Ihnen ging es damals nicht um Vorsorge, sondern um politischen Klamauk, der gegen die Bundesregierung gerichtet war. Ich bin gespannt, wie die Fraktionen von CDU und FDP heute das bewerten, wogegen sie damals zu Felde gezogen sind. Dieses Beispiel zeigt deutlich, wie man es mit Sicherheit nicht schafft, Akzeptanz für die grüne Gentechnik zu erzeugen.

Nun zu den ökologischen Risiken. Die sind nach meiner Einschätzung schwieriger zu bewerten als die gesundheitlichen Risiken. Ich kritisiere die Landesregierung daher nicht, wenn sie bei verschiedenen Fragen darauf hinweist, dass es noch Forschungsbedarf gibt, z. B. bei der Auskreuzung von Fremdgenen, bei der Resistenzentwicklung oder bei der Gefährdung von Nicht-Zielorganismen. Ich kritisiere aber, dass die Landesregierung überhaupt keine Konsequenzen daraus zieht.

Die Landesregierung lobt an anderer Stelle die Bundesregierung dafür, dass sie ein Forschungsprogramm durchführt, um alle diese Fragen zu klären, d. h. sie finanziert ein anbaubegleitendes Monitoring. In diesem Programm stehen für einige Jahre über 100 Millionen € bereit, um alle die Fragen zu klären, die für das Ökosystem sehr wichtig sind.

Auf die Frage „Wird sich die Landesregierung an einem langfristigen Umweltmonitoring bei Freisetzungsversuchen beteiligen?“ antwortet die Landesregierung – ich möchte noch einmal festhalten, dass die Bundesregierung hier 100 Millionen € zur Verfügung stellt –:

Zurzeit existieren in Hessen keine Projekte in diesem Zusammenhang. Allerdings beabsichtigt die Landesregierung grundsätzlich, in Zukunft geeignete Projekte direkt oder indirekt zu unterstützen, die z. B. im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben des Umweltbundesamts zum Monitoring von gentechnisch veränderten Pflanzen angetrieben werden. Voraussetzung dafür ist,

– jetzt kommt noch eine Einschränkung –

dass die Projekte innovative Fragestellungen beinhalten und somit keine unnötige Doppelarbeit geleistet wird.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Christel Hoffmann (SPD):

Ich bin gleich fertig. – Herr Minister, es wäre sicherlich sinnvoller gewesen, sich in diesen wichtigen ökologischen Fragestellungen zu engagieren, anstatt ein völlig überflüssiges eigenes Internetportal für die Gentechnik auf den Weg zu bringen.

(Beifall der Abg. Barbara Stolterfoht (SPD))

Sie haben es damals, wie Ihre Pressemeldung hieß, feierlich eröffnet. Das Einzige, was an dem Internetportal ganz interessant ist, ist die grafische Gestaltung. Der Wein, den es zur Eröffnung gab, war auch gut. Es ist mittlerweile ein halbes Jahr her, und es haben sich insgesamt fünf Gäste in das Gästebuch eingetragen, es wird also kaum nachgefragt.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, letzter Satz, bitte.

Christel Hoffmann (SPD):

Die Landesregierung zeigt keinen Weg auf, um die Gentechnikfreiheit in der ökologische Landwirtschaft voranzubringen.

Zum Abschluss: Die Landesregierung beklagt die fehlende Akzeptanz der Gentechnik, sie tut aber nichts, um die Akzeptanz zu fördern. Sie hat beispielsweise vor zwei Jahren wider besseres Wissen behauptet, von Antibiotikaresistenzgenen gehe keine Gefahr aus. Sie schmückt sich mit fremden Federn in der Frage der Kennzeichnung, und sie zeigt, dass sie den eigenen Ansprüchen, die sie formuliert, nicht gerecht wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Gerhard Bökel (SPD): Manche Abgeordneten sind ein bisschen resistent bei der Redezeit!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das kann man sagen, Herr Kollege. – Das Wort hat Herr Kollege Wintermeyer für die CDU-Fraktion.

Axel Wintermeyer (CDU):

Es gibt auch eine Anwesenheitsresistenz.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich der Verwaltung und insbesondere unserem Umweltministerium für die umfassende und sehr sorgfältige Beantwortung der Großen Anfrage danken. Gut Ding will Weile haben, aber dazu wird sicherlich auch der Herr Minister noch etwas sagen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da waren viele Meldungen in der Zwischenzeit!)

Ich denke, dass eine so umfassende Beantwortung der Anfrage – Sie machen ja wohl auch der Verwaltung sehr viel Arbeit mit Ihren Großen Anfragen – sicherlich einige Zeit erfordert.

Die Antwort auf diese Anfrage zeigt, dass wir in Hessen nach Jahren des ideologisch begründeten Stillstandes wieder auf dem richtigen Kurs sind,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Um die Uhrzeit! – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

fortschrittlich und zukunftsorientiert, auch wenn Sie es nicht gern hören. Gerade in Hessen ist man sich der Bedeutung der so genannten grünen Gentechnik wohl bewusst, und die Hessische Landesregierung aus CDU und FDP fördert nach allen Kräften auch die Ansiedlung von Biotech-Firmen in unseren Regionen.

Die Landesregierung fördert damit Schlüsseltechnologien des beginnenden 21. Jahrhunderts nicht nur finanziell, sondern erst einmal auch dadurch, dass die Stimmung hier im Land verändert wird. Das ist richtig, und das verdient unsere Anerkennung.

Auch die grüne Gentechnik als weltweiter Forschungszweig, der sich mit der Optimierung von Pflanzenleistungen befasst, sei es durch Erhöhung der Erträge, sei es durch Verbesserung der Resistenz gegen Schädlinge, kann für die Zukunft gar nicht ernst genug genommen werden.

Meine Damen und Herren, wir müssen aber zu einem ehrlichen und berechenbaren Umgang mit dieser Technologie finden, und wir müssen uns den globalen Notwendigkeiten stellen. Nach neuesten Schätzungen der Welthungerhilfe gibt es immer noch 700 Millionen hungernde Menschen auf der Welt. Dieses Argument möchte ich dennoch bringen, auch wenn Sie es vorhin infrage gestellt haben. Es werden täglich mehr, und wenn ich daran denke, dass sich in meiner Lebenszeit die Weltbevölkerung von drei Milliarden auf 6,2 Milliarden mehr als verdoppelt hat,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So alt sehen Sie noch gar nicht aus!)

darf man auch über diese Frage einmal nachdenken. Jahr für Jahr fallen immer mehr wertvolle Grundflächen der zunehmenden Erosion, Versteppung und auch Versalzung zum Opfer. Ich will nicht behaupten – da stimme ich Ihnen zu –, dass wir aller dieser Fragen mithilfe der grünen Gentechnik Herr werden können.

(Zuruf der Abg. Christel Hoffmann (SPD))

Aber es steht für mich genauso fest, dass wir mit biologisch gedüngten Mohrrüben nicht den Hunger in der Welt stillen können.

(Zuruf der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deshalb bin ich fest davon überzeugt, dass es endlich an der Zeit ist, die ideologischen Grabenkämpfe in diesem Bereich zu stoppen. Wir müssen im Interesse der Menschen zu einer zukunftsgerichteten und innovativen Sicht auf die grüne Gentechnik finden.

Meine Damen und Herren, während Künast und Co. noch von der Apokalypse auf dem Acker reden, haben kluge Menschen schon längst erkannt, dass die grüne Gentechnik enorme Innovationspotenziale besitzt.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie schön, dass keiner eine ideologiegefärbte Brille hat!)

zum bestmöglichen Nutzen der Verbraucher und der Umwelt. Während weltweit der verantwortbare Umgang biotechnischen Fortschrittes Einzug hält, hat die rot-grüne Bundesregierung das richtungweisende Dreijahresprogramm zur Förderung grüner Gentechnik gestrichen. Dazu kommen wir nachher. Damit unterbindet Rot-Grün einmal mehr ein weiteres Zukunftsprojekt und wirft Deutschland auch hier um Jahre zurück. Die Bundesregierung verwehrt unseren Forschern aus rein ideologischen Gründen den Zugang und die Einflussnahme auf weltweite Spitzentechnologie.

(Christel Hoffmann (SPD): Das ist falsch!)

Nun haben wir einmal mehr mit der Abwanderung von Unternehmen, dem Verlust von Arbeitsplätzen und der nachhaltigen Rufschädigung unseres Landes als Technologiestandort zu kämpfen. Mit einer solchen Politik werden Unternehmen die Chancen auf den internationalen Märkten nachhaltig genommen. Wir verlieren wieder einmal den Anschluss im globalen Wettbewerb der Saatgutherstellung. Letztlich werden wir doch wieder aus dem Ausland importieren müssen, und ich erinnere mich an die Diskussion um die Kernkraft, in der es genauso geht: hier sichere Anlagen abschalten, um dann den Strom aus dem Osten zu beziehen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

Auch vermisse ich die richtige Gewichtung. – Ich weiß, dass Sie das nicht hören wollen, aber das ist eben nun einmal die Wahrheit.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist Unsinn!)

Bei diesem Forschungszweig, bei dem unbestritten noch ganz andere und größere Fragen zu beantworten sind, werden Kompromisse geschlossen, wo es eigentlich keine geben dürfte.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich nehme das mit dem Alter zurück! Sie arbeiten noch mit Platten und nicht mit CDs!)

Das ist die entsprechende Gewichtung der grünen Gentechnik im Vergleich zur roten Gentechnik, also der Forschung am menschlichen Erbgut. Das passt hier nicht zusammen. Dabei besteht für eine ideologisch behinderte Entwicklung in der grünen Gentechnik gar kein Grund. Inzwischen wird anerkannt, dass die Technologie in vielen Anwendungsfeldern ausgereift ist. Die landwirtschaftlichen Produkte sind unverkennbar in die internationalen Handels- und Warenströme eingebunden. Schließlich sind auf mehr als 50 Millionen ha weltweit transgene Pflanzen angebaut und stellen ein enormes Potenzial dar.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Allergien!)

Weltweit ist die grüne Gentechnik bereits Realität. Die Entwicklung gerade in Deutschland war von Anfang an durch ein außerordentliches Maß an Sicherheitsdenken und Verantwortungsbewusstsein geprägt. Schon 1990 haben CDU/CSU und FDP mit dem Gentechnikgesetz sowohl dem Schutz des Lebens wie der Gesundheit der Menschen und dem Ausschluss möglicher Gefährdung höchste Priorität eingeräumt.

Spezifisch für jeden Einzelfall und Schritt für Schritt konnte die Entwicklung jederzeit sicher verantwortet werden. Selbst die heutige Bundesregierung von Rot-Grün kommt in ihrem zweiten Gentechnikbericht nicht drum herum, dies zu bestätigen. Dort heißt es, Frau Hammann:

Schäden für Mensch und Umwelt, die auf gentechnische Arbeiten oder gentechnisch veränderte Organismen zurückzuführen wären, sind der Bundesregierung in Deutschland nicht bekannt.

Ich stelle fest, die Regelungen aus dem Jahr 1990 haben sich bewährt. Sie unterstützen die verantwortbare Nutzung der neuen Technik in hohem Maß. Selbst die Europäische Kommission hat noch im Oktober 2001 darauf hingewiesen, dass 91 Studien der vergangenen Jahre alle zum gleichen Ergebnis gekommen sind: Die Entwicklung in der grünen Gentechnik ist sicher, ausgereift und auch kommerziell einsetzbar. Deutschland darf sich

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ei, ei, ei!)

und Hessen wird sich nicht aus dieser Entwicklung ausklinken. Grundlagenforschung, die in Deutschland erfolgreich betrieben wurde und wird, ist wichtig. Aber ohne die Umsetzung dieser Erkenntnisse in die Praxis wird auch die Forschung nicht auf Dauer in unserem Lande bleiben.

Zu einer ehrlichen Politik gehört auch, jedem zu sagen, bei der Umsetzung in die Praxis müssen wir den Verbraucher mitnehmen, er muss die Vorzüge selbst sehen, die Pflanzen anfassen und ihre Unbedenklichkeit erleben können. Natürlich steht der Verbraucherschutz an erster Stelle. Natürlich müssen wir auch auf die entsprechende Kennzeichnung der Produkte hinwirken, und natürlich müssen die Genehmigungsverfahren und die Festlegungen von Standards, Richtlinien und Kennzeichnungsvorschriften vereinheitlicht werden – und zwar europäisch wie international.

Aber wenn dies dann umgesetzt werden soll, torpediert das die Bundesregierung in Gestalt von Frau Künast. Dem üblichen Bild dieser Bundesregierung entsprechend begrüßt sie auf der einen Seite entsprechende Vorschläge der EU, auf der anderen Seite verweigert sie die Umsetzung der Regelungen in Deutschland.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verantwortungsvoll!)

Für mich ist das weder glaubwürdige noch zukunftsfähige Politik. Wir sind gespannt, ob Frau Künast bis zum 17. Oktober die europäische Freisetzungsrichtlinie national umsetzen wird. Wir sind ebenso gespannt, wann Berlin das Gentechnikgesetz endlich novellieren wird, um die EU-Systemrichtlinie umzusetzen.

Wir werden mit Spannung beobachten, wie die Bundesregierung sich bei der Umsetzung der Biopatentrichtlinie verhalten wird. Bisher wird nur viel diskutiert, aber wenig entschieden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassend sagen: Auch in Deutschland muss bewiesen werden können: Fortschritt in der grünen Gentechnik ist genauso unverzichtbar wie verantwortbar. Beenden wir die alten Grundsatzdebatten des letzten Jahrhunderts, und arbeiten wir daran, dass wir wenigstens in Hessen in Forschung und Anwendung bis 2010 zur Weltspitze der Technologieregionen gehören.

Die Hessische Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von CDU und FDP sind dazu bereit. Ich hoffe, Sie in Zukunft auch. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach der Rede nicht!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Frau Kollegin Hammann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Wintermeyer, ich weiß nicht, welcher CDU-Chefideologe Ihnen die Rede geschrieben hat, die Sie eben vorgelesen haben. Auf jeden Fall bin ich erschüttert, dass Sie es in dieser Weise dargestellt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Aloys Zumbrägel (CDU))

Diese ideologischen Gedanken haben Sie eingebracht. Das haben nicht wir eingebracht.

(Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Was wir immer diskutiert haben, waren der Verbraucherschutz und die Risikoversorge. Ich muss monieren, dass ich das in Ihrem Beitrag nicht wieder gefunden habe.

(Axel Wintermeyer (CDU): Sie machen den Leuten nur Angst!)

Wenn Sie sich schon beim Ministerium für die Antwort auf die Große Anfrage der SPD bedanken, dann frage ich Sie: Warum haben Sie nicht auch die wenigen kritischen Stellen, die in dieser Antwort zu finden sind, an diesem Pult genannt?

(Axel Wintermeyer (CDU): Dafür sind Sie doch da! – Inge Velte (CDU): Er wusste, dass Sie das machen!)

Was ich von der CDU gehört habe, war eine reine Applaudierung im Hinblick auf den Einsatz der Gentechnik. Ihnen sind doch offensichtlich die Risikopotenziale vollkommen fremd.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist für mich keine verantwortungsvolle Politik. Wir müssen doch erkennen, dass die vielen Heilsversprechungen vonseiten der Industrie in keiner Weise zutreffen.

Wir sind immer noch der Meinung, dass gentechnisch veränderte Pflanzen, Tiere und Produkte in der Landwirtschaft und in Lebensmitteln nichts zu suchen haben. Damit stehen wir nicht allein. Ein Großteil der Verbraucherinnen und Verbraucher hat genau dieselben Bedenken im Hinblick auf den Einsatz von Gentechnik in diesem Bereich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Heinrich Heide (FDP))

Sie erkennen doch, dass sich die Menschen Gedanken machen. Es geht um die Gesundheit. Es geht um den Naturschutz. Außerdem gibt es weltanschauliche und ethische Überlegungen. Meine Damen und Herren, das geht Ihnen vollkommen hinten runter.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Das sind offensichtlich keine Gedanken, die Sie in irgendeiner Weise berühren. Wenn Sie nicht die Interessen der Verbraucher im Auge behalten, dann sind Sie nicht politikfähig.

(Axel Wintermeyer (CDU): Wie politikfähig die Bundesregierung ist, sieht man ja in Person von Frau Künast!)

Wir nehmen diese Bedenken sehr ernst. Ich nenne noch einmal den Punkt „Welternährung“, weil er angesprochen wurde. Meine Damen und Herren, wie sind die Erfolge der grünen Gentechnik, die dazu etwas hätte beitragen können? Sie sind in keiner Weise erkennbar. Damals wurde propagiert – ich will es einmal an einem Beispiel festmachen –, dass man einen Reis mit Vitamin A erzeugen will, um den Vitamin-A-Mangel zu beheben. Meine Damen und Herren, das war ein Schuss in den Ofen. Das gibt es nicht.

(Axel Wintermeyer (CDU): Man muss es probieren!)

Ich sage noch einmal: Es ist nicht die Gentechnik, die den Menschen bei der Bekämpfung des Hungers hilft. Die Menschen haben ganz andere Probleme, und zwar soziale Probleme. Diese Probleme müssen an der Wurzel angepackt werden – nicht über die Krücke Gentechnik, die so viel Risikopotenzial beinhaltet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Misstrauen, das überall in der Bevölkerung vorhanden ist, ist gerechtfertigt. Ich weiß auch, dass wir in Deutschland nicht auf einer Insel der Glückseligen leben. Ich weiß sehr wohl, dass in Südamerika schon auf sehr großen Flächen Gentechnikpflanzen produziert werden.

Ich sage auch: Es ist schwierig, Warenströme zu trennen. Das ist unser Problem. Unser Problem ist, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher zurzeit ins Hintertreffen geraten, weil sie nicht erkennen können, was gentechnisch manipuliert ist und was nicht.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Axel Wintermeyer (CDU): Da sind wir einer Meinung! Kennzeichnungspflicht! Da sollte Frau Künast mal etwas machen!)

Meine Damen und Herren, dort besteht dringender Handlungsbedarf. Der Verbraucher muss frei entscheiden: Will ich Gentechnik oder will ich keine Gentechnik? – Verbraucherschutzministerin Renate Künast setzt sich vehement für die Kennzeichnung ein.

(Axel Wintermeyer (CDU): Aber sie schafft es nicht! Sie kann sich nicht durchsetzen!)

Das ist die notwendige Entwicklung, die wir alle brauchen. Es kann nicht sein, dass Produkte gekauft werden, von denen die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht wissen, ob sie gentechnisch veränderte Organismen enthalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es hat mich schon erschüttert, als ich gehört habe, dass die Verbraucherzentralen in Erfahrung gebracht haben, dass 60 bis 70 % unserer Lebensmittel bereits unter dem Einfluss von Gentechnik stehen. Das ist eine Fehlentwicklung, eine falsche Entwicklung. Wir müssen erkennen können: Wo ist Gentechnik drin, und wo ist sie nicht drin?

– Es sind viele Produkte auf dem Markt, bei denen man es nicht erkennen kann.

(Heinrich Heidel (FDP): Das ist so!)

Unser Problem ist, dass die Gentechnik eine grundlegend neue Dimension mit massiven Eingriffen in die Natur darstellt. Deshalb nützt es nichts, wenn hier Heilsversprechungen in jedwedem Bereich gegeben werden, wo die Gentechnik etwas Positives bringen kann. Wir wollen, dass mit der Gentechnik verantwortungsvoll umgegangen wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage an diesem Punkt ganz deutlich: Wir wollen eine strenge Risiko-Nutzen-Abwägung. Wir wollen, dass die Risiken für die Gesundheit der Menschen und der Ökosysteme ausgeschlossen werden. Wir wollen – das sage ich auch deutlich – eine breite gesellschaftliche Debatte über das Thema.

(Axel Wintermeyer (CDU): Die führen wir doch schon! Herausgekommen ist nichts!)

– Herr Kollege Wintermeyer, ich ersehe doch aus der Antwort auch, dass sich die Hessische Landesregierung beklagt, dass der Dialog mit der Wirtschaft abgebrochen wurde. So ist es doch gar nicht. Das ist doch scheinheilig. Was Renate Künast macht, ist ein Diskurs,

(Axel Wintermeyer (CDU): Das ist reiner Schwachsinn!)

in den eben nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Landwirte einbezogen werden. Das ist die richtige Vorgehensweise.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Diskurs darf nicht einseitig mit der Wirtschaft geführt werden, die natürlich ein eigenes Interesse hat, sondern in den Diskurs müssen diejenigen einbezogen werden, die am Ende die Produkte kaufen. Meine Damen und Herren, das war niemals Ihre Vorgehensweise, als Sie noch Verantwortung als Bundesregierung hatten. Für Sie war immer nur wichtig: Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft. Für die Verbraucher und die Landwirtschaft war wenig Interesse vorhanden. Ich bin sehr froh, dass es zu einem Regierungswechsel gekommen ist.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Die Gentechnik darf nicht allein unter dem wirtschaftlichem Aspekt, den ich sehr infrage stelle, gesehen werden, sondern die Risiken und Potenziale müssen in einer Risiko-Nutzen-Abwägung nebeneinander gestellt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte es noch einmal an einem weiteren Beispiel deutlich machen, wie die Gefährdung durch genmanipulierte Organismen auf die Bevölkerung zukommen kann. Ihnen ist doch bestimmt noch in guter Erinnerung, dass in den USA die Maissorte StarLink nicht für den Einsatz in der Lebensmittelproduktion verwendet werden durfte, weil sie allergenes Potenzial besaß. Was hatte man aber feststellen müssen? In über 300 Lebensmitteln war dennoch StarLink vorhanden. Das heißt, das Problem, dass Lebensmittel bewusst manipuliert worden sind, liegt damit offen auf dem Tisch.

(Axel Wintermeyer (CDU): Kontrolle!)

Das müssen doch auch Sie als weiteres Risikopotenzial erkennen. Herr Wintermeyer, wir wollen, dass eine ehrliche

che Diskussion geführt wird. Eine ehrliche Diskussion haben Sie an diesem Pult nicht geführt.

Deshalb möchte ich mir eine Antwort auf die Anfrage vornehmen. Eine ehrliche Diskussion habe ich in einigen Antworten der Landesregierung vermisst. Auf die Frage „Wie sieht es aus im Hinblick auf allergene Potenziale?“ antwortete die Landesregierung: Es sind keine bekannt. Dabei weiß jeder, dass damals durch die Einkreuzung mit Paranuss und Soja ein großes allergenes Potenzial entstanden ist. Das verschweigen Sie in Ihren Antworten.

Deswegen bin ich der Auffassung, dass das nicht in Ordnung ist. Wenn man darüber diskutieren will, dann müssen alle Fakten auf den Tisch. Es darf nicht etwas unter den Tisch fallen, weil es einem, was die wirtschaftliche Entwicklung angeht, offensichtlich nicht genehm ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Was die Beeinflussung von anderen Organismen und anderen Lebewesen angeht, wissen Sie doch auch, dass es zahlreiche Untersuchungen gibt, dass es Einflüsse gerade auf die so genannten Nützlinge in der Landwirtschaft gibt.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Ich möchte Ihnen hier nicht das Beispiel Florfliege nennen. Ich will auch gar nicht auf ausländische Untersuchungen verweisen, denn wir haben in Darmstadt die Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft, die noch im Oktober letzten Jahres eine Presseveröffentlichung herausgegeben hat, in der sie deutlich gemacht hat, dass es auch Probleme mit den Larven des Tagpfaunauges gibt.

Das bedeutet: Wer in die Natur eingreift, wer manipuliert, muss auch damit rechnen, dass dies negative Auswirkungen hat. Herr Wintermeyer, das sind ebenso Risikopotenziale, die es zu berücksichtigen gilt.

(Axel Wintermeyer (CDU): Die werden von uns nicht negiert!)

Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen: In den Antworten zu Frage 3.1 – „Risiken beim Anbau transgener Pflanzen“ – wird auch darauf hingewiesen, dass weiterer Forschungsbedarf gesehen wird, z. B. im Hinblick auf allergische Reaktionen oder Laboruntersuchungen an Maispflanzen mit Bt-Toxinen.

Auch bei Zielorganismen wird weiterer erheblicher Forschungsbedarf angemeldet. Sie finden diese weiteren Forschungsbedürfnisse an mehreren Stellen. Deshalb kann ich nicht verstehen, mit welcher Gelassenheit und Ruhe über diese angeblichen Vorteile der Gentechnik gesprochen wird. Das Moratorium, das von Renate Künast auf den Weg gebracht wurde, die Untersuchungen, die es geben wird, die 100 Millionen € kosten werden – diese Hausnummer steht im Raum –: Das ist nach meiner Ansicht eine verantwortungsvolle Politik.

(Axel Wintermeyer (CDU): Dabei kommt doch nichts heraus!)

Es ist für mich eine verantwortungsvolle Politik, das zu untersuchen und zu dokumentieren, welche Risiken oder Potenziale damit einhergehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es genügt mir nicht, wenn in Ihrer Antwort zu wenig im Hinblick auf eine Untersuchung steht, was die Risiken an-

geht. Das Land Hessen zieht sich hier sehr wohl zurück. Es hat offensichtlich kein Interesse daran, in diesem Bereich etwas zu unternehmen.

Für mich ist auch eine gewisse Resignation erkennbar, wenn es um die Diskussion des ökologischen Landbaus geht. Herr Kollege Klee, ökologischer Landbau ist ein wichtiger Bestandteil, der weiter ausgebaut werden muss. Wenn ich hier erkenne, dass man resignierend die Schultern zuckt, weil man der Meinung ist, man könne die Gebiete nicht mehr gentechnikfrei halten, dann ist das für mich ein Offenbarungseid.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sie sind aufgefordert, einen kritischen Diskurs zu führen, statt zu bekennen: „Wir sind gläubige Gentechnikfans.“ Sie wollen eine Veränderung. Da heißt es, kritisch zu sein. Was wir momentan erleben, ist leider eine sehr unkritische Haltung. Ich würde mir wünschen, dass Sie den Forschungsbedarf, der an vielen Stellen wie ein roter Faden durch Ihre Antwort läuft, wirklich ernst nehmen und aktiv etwas dazu beitragen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Heidel.

Heinrich Heidel (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Große Anfrage der SPD-Fraktion zum Thema „Gentechnik in der Landwirtschaft“ ist beantwortet. Nun kann man darüber debattieren, ob das zeitnah geschehen ist oder nicht. Gerade weil die Entwicklung in der Gentechnik so zügig voranschreitet, ist es wohl nie zeitnah, wenn so etwas beantwortet wird. Dennoch meine ich, auch von dieser Stelle aus den dafür zuständigen Mitarbeitern im Ministerium einen Dank aussprechen zu müssen,

(Beifall bei der FDP)

haben sie doch mit ihrer umfangreichen Beantwortung einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, die Diskussion über Gentechnik etwas zu versachlichen.

Frau Kollegin Hammann, ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, dass wir die Debatte sehr kritisch führen und dass wir die grüne Gentechnik sehr kritisch, aber nicht ideologisch bewerten sollten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich meine, das unterscheidet uns, wenn wir über die grüne Gentechnik reden, die durchaus ihre Chancen, aber auch ihre Risiken hat. Das wollen wir natürlich nicht unter den Tisch kehren.

Es gibt sehr viele offene Fragestellungen, die nur beantwortet werden können, wenn Freilandversuche angelegt werden. Aber gerade das ist es, was diese Bundesregie-

rung nicht tut und was sie nicht will. Das ist die Umsetzung der europäischen Freisetzungsrichtlinie. Ich bin wirklich gespannt, wann sich Frau Künast bewegt.

Lassen Sie mich aber ein paar Punkte aufzählen: Herbizid- und Schädlingsresistenz, Virus- und Bakterienresistenz, die es ermöglichen, den Pflanzenschutzmittelumsatz zu verringern und bodenschonendere Anbauweisen zu wählen, das sind wichtige Punkte, die für die Gentechnik sprechen.

Die Debatte ist aber auch darüber zu führen, welches die Inhaltsstoffe sind und wo wir Inhaltsstoffe bewegen und mit gentechnischen Möglichkeiten verändern können. Die gentechnischen Möglichkeiten sind im Grunde – das habe ich hier vorne an diesem Pult schon öfter erklärt – nichts anderes als die Beschleunigung von züchterischem Fortschritt. Das ist eine starke Beschleunigung, auch das Überspringen von Artengrenzen, was sonst nur in sehr langen Zuchtperioden möglich wäre.

Ich will nicht verhehlen, dass wir dabei ökologische Risiken sehen müssen, was wir auch tun. Dazu zählen Auswildern, Auskreuzung, Resistenzentwicklung von Schädlingen. Das sind nur ein paar Stichpunkte. Aber auch hier sage ich deutlich: Dies können wir nur verhindern, indem wir die Forschung intensivieren.

Letztendlich steht bei all dem aus unserer hiesigen Sicht zunächst einmal der Verbraucher im Zentrum. Darüber sind wir uns einig. Der Verbraucher soll wissen, was er kauft. Er soll klar unterscheiden können, ob Lebensmittel gentechnisch behandelt worden sind und ob dies in der zweiten oder dritten Stufe der Verarbeitung geschehen ist. Dies muss er sehen können. Er muss entscheiden können, welches Produkt er kauft. Letztendlich entscheidet dann auch der Verbraucher darüber, was in Zukunft passieren wird. Das ist schlicht und ergreifend die Möglichkeit, die wir in diesem Land haben, in dem es uns gut geht.

Aber ich möchte den anderen Faktor noch einmal aufgreifen, wie Gentechnik dazu beitragen kann und muss, den Hunger auf dieser Welt zu verringern. Das wurde von den Vorrednerinnen pauschal beiseite geschoben.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die können sich das doch nicht leisten!)

Dennoch meine ich, Frau Kollegin Hammann, dass gerade die Debatte um den so genannten goldenen Reis – das haben Sie auch angesprochen – durchaus des Nachdenkens wert ist.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gibt es aber nicht!)

– Doch, das gibt es.

Diese gentechnisch veränderte Reispflanze, die mit dem Provitamin A und Eisen angereichert ist, ist eine Hoffnung und Chance für viele Menschen auf dieser Erde, die hungern. Wenn es uns gelingt, dass der Nutzen dieser gentechnisch veränderten Pflanze den Menschen in der dritten Welt voll zugute kommt, dann sind wir auf dem richtigen Weg. Sie soll nicht – das sage ich ganz deutlich – denjenigen zugute kommen, die in der Industrie ihr Geld an diesen Produkten verdienen.

Ich meine, dass dieser Weg, der beschritten wird, um einen Teil des Hungers in der Welt zu lindern, auch mit der Gentechnik gegangen werden muss. Er sollte in unserem Land von uns und Ihnen, meine beiden Damen von SPD und GRÜNEN, nicht so verteuftelt werden.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen auch diese Chance nutzen, denn ich glaube, sie ist wichtig.

Dazu gehört natürlich auch, zu benennen, wo für den Verbraucher die Unterscheidungsmöglichkeit besteht. Ich meine, die Chance, über Freiland- und Freisetzungsversuche Regelungen herbeizuführen, war noch nie so groß wie heute. Doch dadurch, dass die Bundesregierung im Moment nicht handelt, werden meines Erachtens Chancen verspielt. Das sind Chancen, die auch etwas mit dem Technologie- und Forschungsstandort Bundesrepublik Deutschland und insbesondere Hessen zu tun haben.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, dass die Vorgängerlandesregierung nicht in der Lage war, einen kleinen Freisetzungsversuch in der Wetterau zu schützen, als besagter Landrat aus der Wetterau denjenigen, die das Versuchsfeld zerstörten, auch noch Kaffee und Kuchen lieferte. Das führt auch dazu, dass die Debatte bei den Verbrauchern sehr kritisch in Richtung Gentechnik geführt wird, weil Sie es aus ideologischen Gründen so gewollt haben.

Lassen Sie mich aber noch einen Punkt aufgreifen, den Kollege Wintermeyer angesprochen hat, nämlich die Umsetzung der europäischen Freisetzungsrichtlinie und damit die Chancen für uns, hier auch in der Bundesrepublik Deutschland tätig zu werden.

Wenn wir diese Chancen verspielen, werden wir ins Hintertreffen geraten. Dann würden unsere guten Vorschläge, von denen ich glaube, dass wir sie alle haben, zu Schall und Rauch. Denn dann wird an anderen Orten unter anderen Kautelen mit anderen Kriterien geforscht werden. Wir werden dann mit den Ergebnissen leben müssen, die wir von dort erhalten. Es kann doch nicht unser Ziel sein, dass wir, wenn wir hier hohe Standards, die Informierung der breiten Öffentlichkeit und eine ganz sachliche, fundierte Diskussion fordern, den wichtigsten Teil, nämlich die Forschung, an andere abgeben.

(Beifall der Abg. Dorothea Henzler und Roland von Hunnius (FDP) und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren von Rot und Grün, darüber sollten Sie einmal nachdenken.

Ich bin der Auffassung, dass wir gemeinsam die Verpflichtung haben, bei diesem Thema etwas mehr Sachlichkeit walten zu lassen. Vor allen Dingen sollten wir die ideologische Brille bei diesem Thema, wie auch bei vielen anderen, absetzen. – Danke schön.

(Beifall der Abg. Dorothea Henzler und Roland von Hunnius (FDP) und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Staatsminister Dietzel.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem ich die Diskussion in den letzten Jahren verfolgt habe – auch zu der Zeit, als ich Bundestagsabge-

ordneter war –, kann ich feststellen, dass zu den heftigsten diskutierten Themen die grüne Gentechnik gehört. Ich meine aber trotzdem, dass wir jetzt an einem Zeitpunkt angekommen sind, zu dem wir uns intensiv mit diesem Thema befassen sollten. Vor allen Dingen sollten wir wertneutral darüber diskutieren. Ich meine, wir sollten ein gesellschaftliches Klima schaffen, das zur Folge hat, dass nicht immer nur von den Risiken, sondern auch einmal von den Chancen berichtet und über sie diskutiert wird. Das ist doch in den letzten Jahren oft vernachlässigt worden.

Die grüne Gentechnik wird oft als Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts bezeichnet. Trotzdem bin ich der Meinung, dass wir erst ganz am Anfang einer Entwicklung stehen. Ich meine auch deswegen, es wäre unklug, die grüne Gentechnik pauschal abzulehnen. Klug ist, die Entwicklung der grünen Gentechnik intensiv und umsichtig zu begleiten. Man sollte die Chancen nutzen, die Risiken minimieren und für die Verbraucher Transparenz schaffen. Ich denke, das wäre der richtige Weg. Von den Vorrednern wurde schon gesagt, dass dazu eine intensive Forschung und eine offene gesellschaftliche Diskussion ohne Scheuklappen und ohne Tabus gehört.

(Beifall der Abg. Axel Wintermeyer und Klaus Dietz (CDU))

Ich bedauere deshalb, dass die Bundesregierung die Gespräche mit der Wirtschaft bis auf weiteres ausgesetzt hat. Ich meine, man müsste über dieses Thema zumindest weiter reden. Ich bin auch nicht der Meinung, dass es ausreicht, dass Frau Künast einen Diskurs dazu plant. Es soll also darüber geredet werden, ohne dass es konkret angewendet wird. Ein Versuchsanbau ist dafür nicht geplant. Reden statt Handeln bringt uns nicht weiter.

Der Erfolg der grünen Gentechnik wird aber auch davon abhängen, ob es einen unmittelbaren Nutzen zum einen für den Anwender, zum anderen aber auch für den Konsumenten mit sich bringen wird. Wenn man sich die Entwicklung bis heute ansieht, kann man feststellen, dass in erster Linie ein Vorteil für den Anbieter ersichtlich wird. Er kann aus dem verringerten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Unkräutern durchaus einen Vorteil ziehen.

Die in der Gentechnik tätigen Wissenschaftler und Forscher weisen darauf hin, dass diese Produkte auch einen direkten Vorteil für die Verbraucher haben. Zum Beispiel können verbesserte Fettsäuremuster erzielt werden, oder es können höhere ernährungsphysiologische Werte zur Vorbeugung degenerativer und altersbedingter Krankheiten erzielt werden. Auf der anderen Seite kann es zu einer Verlängerung der Haltbarkeit leicht verderblicher Erzeugnisse wie Obst und Gemüse kommen. Dies alles könnte in den Augen der Verbraucher durchaus ein Vorteil sein.

Ich glaube, dass das Innovationspotenzial der Gentechnik riesig ist und wir erst am Anfang einer Entwicklung stehen. Ich glaube, dass wir die vielfältigen Chancen nutzen können, wenn wir die praktische Erprobung systematisch weiterentwickeln und das realisieren. Ohne Anwendung und Erprobung kann für den Verbraucher mit Sicherheit nichts erreicht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Die Chancen nutzen, ohne mögliche Risiken auch nur einen Moment aus den Augen zu lassen, ist bei diesem

Thema die große Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Dabei kommt der Informierung des Verbrauchers eine überragende Bedeutung zu. Wir brauchen eine intensive Aufklärung des Verbrauchers. Wir brauchen eine klare Kennzeichnung der Produkte. Der Verbraucher muss Wahlfreiheit haben. Er muss sich für ein gentechnisch verändertes oder für ein gentechnisch unverändertes Produkt entscheiden können. Ich glaube auch, dass es wichtig ist, dass die Europäische Union hierzu gesetzliche Rahmenbedingungen schafft. Hier besteht höchste Dringlichkeit.

Wenn man sich diese Entwicklung insgesamt ansieht, muss man sagen, es reicht nicht aus, hier nur über Entwicklungen in Hessen, Deutschland oder in der Europäischen Union zu reden. Vielmehr wurde im Jahr 2001 erstmals bei dieser Art des Anbaus die Grenze von 50 Millionen ha überschritten. Es kam zu einer Zunahme der Anbaufläche um 19 %. Zugegeben, dies findet in erster Linie in den USA und in Argentinien statt. Ich denke, auch deshalb ist es wichtig, dass diese Produkte für den Verbraucher gekennzeichnet werden. Das ist in der Lebensmittel- und Futtermittelindustrie wichtig und dringlicher als je zuvor.

Nach der am 17. April in Kraft getretenen Neufassung der Freisetzungsrichtlinie der Europäischen Union muss zur Genehmigung der Freisetzung eines gentechnisch veränderten Organismus ein Überwachungsplan zum Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt vorgelegt werden. Ich bin froh, dass es dafür eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe gibt, die sich unter Leitung des Bundesumweltamtes mit diesem Thema beschäftigt. Sie wird hofentlich rechtzeitig einen Vorschlag machen, der politisch umgesetzt werden kann und dann auch umgesetzt werden muss.

Ich meine, wir werden uns auch über Schwellenwerte unterhalten müssen. Denn wir wissen, dass es bei Transport, Lagerung und Weiterverarbeitung von Lebens- und Futtermitteln zu geringfügigen Vermischungen kommen kann. Ich meine, auch das muss ein Thema in dieser Diskussion sein.

Diejenigen, die die Risiken zulasten der Chancen überbewerten, verkennen die Ernährungssituation. Darauf werde hier schon von zwei Vorrednern hingewiesen. Die Menge der Ackerfläche auf dieser Welt ist seit 1950 in etwa unverändert geblieben. Jährlich haben wir aber einen Zuwachs der Weltbevölkerung um etwa 80 Millionen Menschen. Diese Menschen müssen ernährt werden. Der Ertrag der Flächen muss gesichert werden. Der Nahrungsbedarf muss an die Nachfrage der Menschen angepasst werden.

Lassen Sie mich auch darauf hinweisen, dass die Vereinten Nationen einen eindringlichen Appell an die Industrienationen gerichtet haben, ihre Vorbehalte gegenüber der grünen Gentechnik endlich aufzugeben. Das haben die Vereinten Nationen getan. Sie fordern die Entwicklung anspruchsloser Feldfrüchte, die auch unter ungünstigen klimatischen Bedingungen wachsen. Dies war beispielsweise ein Bestandteil des UN-Entwicklungsprogramms.

Die Blockade zukunftsfähiger Entwicklungen bringt uns nicht weiter. Vielmehr muss in diesem Bereich umsichtig entwickelt und umgesetzt werden. Hierbei ist für mich Folgendes unverzichtbar. Es muss eine Erforschung, Erprobung und Anwendung dieser Technologie geben. Außerdem muss es eine Wahlfreiheit der Verbraucher

durch Kennzeichnung der Produkte und eine Aufklärung geben. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und schließe die Aussprache. Ich stelle fest, dass die Große Anfrage besprochen wurde.

Wir kommen zum Aufruf der nächsten Großen Anfrage. Dies ist **Tagesordnungspunkt 18:**

Große Anfrage der Fraktion der SPD betreffend Schulverweigerung – Drucks. 15/3631 zu Drucks. 15/2937 –

Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion. Das Wort hat Herr Kollege Dörr.

(Frank Lortz (CDU): Mach langsam!)

Karl Dörr (Umstadt) (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrte Damen und Herren! Die vorliegende Antwort auf unsere Große Anfrage zeigt, dass Schulschwänzen bisher kein Thema für diese Landesregierung war. Es ist deshalb wichtig, dass wir es zu einem Thema gemacht haben.

Wir haben damit die Landesregierung dazu bewegt, zum ersten Mal landesweite Erhebungen zum Thema Schulschwänzen zu veranstalten. Ich hoffe, dass jetzt aus diesen Daten endlich Konsequenzen gezogen werden. Deshalb bin ich auf die Vorschläge der neuen Expertenkommission schon sehr gespannt, die die Kultusministerin endlich, ein Jahr nach dem Stellen meiner Kleinen Anfrage, aufgrund derer die Daten ermittelt wurden, ins Leben rufen will.

Seit Anfang Dezember 2001 ist für jeden empirisch nachvollziehbar geworden, dass die deutsche Schule weniger als die der meisten vergleichbaren Länder in der Lage ist, soziale Ungleichheiten auszugleichen und leistungsschwächere, vor allem aber auch sozial schwächere Schüler wirklich zu fördern. Die Leistungsschwäche der deutschen Schule dokumentiert sich auch darin, dass 1998 – aus diesem Jahr stammen die Daten – 83.000 Schüler die Schulausbildung ohne Abschluss abgebrochen haben. Bundesweit gab es etwa 70.000 Schulverweigerer. „Schulschwänzer“ hat man früher dazu gesagt.

Viele Bildungsreserven bleiben bei uns also ungenutzt, Talente bleiben ungefordert. 3.137 Schüler haben sich 1999 allein in Hessen den Schulen entzogen und sind deshalb aktenkundig geworden. Die Tendenz ist steigend. Wie bundesweite Studien berichten, geben Schwänzer oft an, „dass sie schulisches Lernen als sinnlos empfinden und sich insbesondere durch schulinterne Strukturen eingeschränkt fühlen. Während die Schule für sie einerseits eine große Bedeutung als Sozialraum hat, droht sie auf der anderen Seite zunehmend ihre positive Funktion als Erfahrungs- und Lernraum zu verlieren“.

Mit dieser wichtigen Feststellung muss gearbeitet werden.

Aber obwohl das Einstiegsalter für Schulschwänzer interessanterweise ganz häufig die Zeit des Übergangs in die weiterführende Schule ist, hat Schulverweigerung ihre Ursache natürlich nicht nur in den Schulen selbst, sondern auch in den Familien, im direkten Umfeld der Schüler.